

Geheimniskrämerei im Stadtrat geißelt

Auch öffentliches Erscheinungsbild der Stadt Thema bei SPD-Bürgertreff

Eggenfelden. Ein Ende der Geheimniskrämerei im Stadtrat forderte SPD-Ortsvorsitzender Benjamin Lettl laut einer Pressemitteilung beim Bürgertreff des Ortsvereins im „Unser Wirtshaus“.

Die Gemeindeordnung mache klare Vorgaben, was nichtöffentlich zu behandeln sei. Dies sei insbesondere bei Personal- oder Grundstücksangelegenheiten notwendig. Ansonsten aber müsse Transparenz herrschen. Der Stadtrat sei kein „Geheimrat“ und es sei jedes Bürgers Recht, sich Informationen aus erster Hand zu beschaffen und als Zuhörer an der Stadtratssitzung teilzunehmen. „Ich frage mich manchmal, wovor der Bürgermeister und offenbar viele Stadträte sich scheinbar fürchten“, kritisierte Lettl.

Eggenfelden soll nach den Vorstellungen der SPD zu einer „sozialen Kulturstadt“ werden. Dies erfordere ein breites Angebot an sozialen und kulturellen Einrichtungen bzw. Veranstaltungen gebe. Es bedeute aber auch, dass ehrenamtliches gesellschaftliches Engagement eine entsprechende Würdigung erfahre, betonte der Ortsvorsitzende. Es gebe in Eggenfelden viele Bürger, die viel Freizeit in Vereinsarbeit und gemeinwohlorientiertes Handeln investieren. „Deshalb freue ich mich, dass die SPD auf Landkreisebene die Initiative für eine Ehrenamtskarte starten will. Über eine Ehrenamtskarte wären z. B. Vergünstigungen in Bädern, Büchereien, Kinos und ähnlichen Einrichtungen möglich.“

In der Stadt liege viel Müll her-

ANZEIGE

19. Mai 2012

...in
Deggendorf
PRESSE-MEILE
...lauf mit uns!



Anmeldung u. Infos unter
www.presse-meile.de

um, kritisierten Besucher des Bürgertreffs, „an manchen Stellen sieht's teilweise schon aus wie im Ostblock. Da muss endlich was getan werden“. Stadtrat Karl Riedler

teilte diese Einschätzung. Er habe dies im Stadtrat auch schon zur Sprache gebracht: „Unsere Stadt gibt derzeit für Einheimische wie Auswärtige gleichermaßen kein einladendes Bild ab.“

Zur aktuellen Stadtpolitik merkt Riedler laut Pressemitteilung grundsätzlich an, dass der Haushalt wohl nur über Gebührenerhöhungen finanziert werden könne. Die SPD habe bei den Debatten um Gebührenerhöhungen stets ein Auge für den sozialen Ausgleich, könne aber nicht alles, was von anderen Stadträten vorgeschlagen werde, verhindern.

Mit Argwohn sehen Riedler und 3. Bürgermeisterin Johanna Leipold, dass der Stadtkämmerer immer davon spreche, man müsse bei den freiwilligen Leistungen mehr sparen. Leipold: „Das heißt im Klartext: Musikschule, Bäder, Bücherei. Dem Stadtbus ist ja letztes Jahr schon das Aus beschieden worden.“ Gegen Sparen sei absolut nichts einzuwenden, „aber man muss eben definieren, was einem ganz besonders wichtig ist und wo man in der Stadtpolitik Akzente setzen will.“ Ein reichhaltiges Bildungsangebot habe für die SPD Priorität. Hier den Rotstift anzusetzen, sei ein Fehler.

Leipold und Riedler bekannten offen, dass sie Angst um die Städtische Musikschule haben. „Es würde mich nicht wundern, wenn irgendwann der Vorschlag einer Privatisierung der Musikschule aus dem Hut gezaubert würde“, so Leipold. Es müsse jedem klar sein, dass bei einer privaten Musikschu-

le die Gebühren sicher nicht sinken würden, und ob das Angebot überhaupt in dem Maße erhalten bliebe, wäre auch offen, das habe sich ja bei der Wirtschaftsschule gezeigt. Die SPD in Eggenfelden werde jedenfalls entschlossen für den Erhalt der Städtische Musikschule kämpfen.

Auch um Sinn oder Unsinn der Spardiskussionen drehten sich die Gespräche. Der stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Thomas Asböck machte deutlich, dass sich der Bund den Luxus leiste, keine Vermögenssteuer und keine Finanztransaktionssteuer zu erheben: „Hätten wir beide Steuern, würden daraus nach Expertenschätzungen jährliche Einnahmen von gut 50 Milliarden Euro entstehen und es würden sich viele Finanzierungsprobleme überhaupt nicht stellen.“ Daher forderte Asböck von den Verantwortlichen in Bund und Land ein Umdenken zum Wohle der Bevölkerung.

Ein weiteres Thema war die Energiewende. „Die Stadt hat Gutachten in Auftrag gegeben, wie man die öffentlichen Gebäude besser energetisch nutzen und optimieren kann“, erklärte Stadtrat Martin Roiner. Er erneuerte seinen Vorschlag, die neuen Parkplätze am Krankenhaus zu überdachen und mit Photovoltaik-Anlagen auszustatten. „Da wäre schon viel Potenzial da und Aussagen wie von Stadträtin Haderer (CSU, d. Red.), dass das grob aussähe, sind kein sachliche Argumente gegen diesen vernünftigen Vorschlag“, so Roiner. – red